

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8021 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz
Frau Eliane Rossier
Bundesrain 20
CH-3003 Bern

16. April 2009

**Elterliche Sorge – Teilrevision Zivilgesetzbuch und Strafgesetzbuch
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur obigen Vorlage. Die EVP lehnt die gemeinsame elterliche Sorge als gesetzlichen Regelfall ab und schlägt vor, bei der heutigen Regelung zu bleiben, wonach die gemeinsame elterliche Sorge beantragt werden kann.

Positive Würdigung des Anliegens

Die EVP anerkennt uneingeschränkt,

- dass es für die Identitätsentwicklung des Kindes von grosser Bedeutung ist, dass es ungehindert Kontakte zu beiden Elternteilen pflegen kann,
- dass wer als Paar Kinder hat, gemeinsam für sie verantwortlich bleibt, auch wenn die Beziehung in die Brüche geht und dass mit einer Scheidung nur die Ehe, nicht aber die Elternschaft zu Ende gehen sollte,
- dass deshalb nach einer Scheidung beide Elternteile in die Verantwortung genommen werden sollten und weiterhin bei der Erziehung der Kinder mitreden können sollten,
- dass heute die Aufteilung der Aufgaben zwischen den Elternteilen oft aneinander vorbeilaufen: der eine Elternteil ist mit der Erziehung arg gefordert, während der andere Elternteil – überspitzt formuliert – Events mit den Kindern plant und die Geschenke macht,
- dass es heute die ausserordentlich grosse Not vieler Väter ist, dass sie kaum Kontakte zu ihren Kindern pflegen können, weil Mütter, die sich nicht an die Abmachungen halten, was scheinbar oft vorkommt, kaum Sanktionen zu befürchten haben,
- dass heute Väter und Mütter nicht gleich behandelt werden, und – weil das gemeinsame Sorgerecht von beiden Elternteilen gemeinsam beantragt werden muss – ein Elternteil nicht selten seine Zustimmung missbraucht, um anderweitig Vorteile zu erlangen.

Begründung für die Ablehnung der Vorlage

Die EVP lehnt das gemeinsame Sorgerecht als Regelfall dennoch ab und weist darauf hin,

- *dass es weniger die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind, welche das Kindeswohl beeinflussen, sondern vielmehr die gelebten Realitäten – sei es nun bei gemeinsamer oder alleiniger elterlicher Sorge und dass damit auch eine neue gesetzliche Regelung den sich stellenden faktischen Problemen im Einzelfall nur bedingt wird abhelfen können,*
- *dass die gemeinsame elterliche Sorge sehr hohe Anforderungen an das geschiedene Paar stellt und zwar fortschrittlich klingt, in der Realität aber ein täglicher Kampf sein kann und das Risiko birgt, dass sich die Zerstrittenheit weiterhin negativ auf das Kind auswirkt,*
- *dass das gemeinsame Sorgerecht oft mehr Probleme schafft als beseitigt, was Mitglieder von Vormundschaftsbehörden und Gerichten übereinstimmend bestätigen,*
- *dass die gemeinsame elterliche Sorge zwar ein Ideal darstellt, die gesellschaftliche Realität aber oft anders aussieht, und es in den meisten Fällen nach wie vor die Frau ist, welche die Hauptverantwortung für die Erziehung der Kinder trägt. Warum dies nach einer Scheidung zwischen den Elternteilen plötzlich anders funktionieren könnte, ist nicht einsichtig.*
- *dass die Eltern bereits heute die gemeinsame Sorge als Ausnahme beantragen können.*

Forderungen der EVP

Unabhängig davon, ob die gemeinsame elterliche Sorge zum Regelfall wird oder nicht, ist es der EVP wichtig, dass unkooperative Elternteile, die sich nicht an die Abmachungen halten (seien es Mütter, die den Vätern das Besuchsrecht verwehren oder Väter, die ihre Pflichten nicht wahrnehmen) zur Zusammenarbeit angehalten werden. Die EVP begrüsst deshalb die neue Strafbestimmung in Art. 220 VE-StGB, wonach Elternteile, die das Besuchsrecht verweigern, gleich bestraft werden, wie Elternteile, die das Kind am Ende der Besuchszeit nicht zurückgeben.

Problematisch erscheinen uns zudem die anlässlich der Revision vorgeschlagenen Bestimmungen bei unverheirateten Eltern. Die damit verbundene Deregulierung kann nicht befürwortet werden, weil sie eine Beliebigkeit und ein Strukturvakuum erzeugt und so das Kindeswohl gefährdet. Alles wird in die Verantwortung der Eltern gelegt, ohne Rücksicht auf die unterschiedlich vorherrschenden Elternbeziehungen. Die EVP fordert eine differenzierte gesetzliche Regelung und klare, verlässliche Vereinbarungen zu Betreuung und Unterhalt auch für Unverheiratete, um Kinder und Mütter wirkungsvoll zu schützen.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Trotz unserer Skepsis bezüglich des praktischen Funktionierens der gemeinsamen elterlichen Sorge äussern wir uns im Folgenden zu den einzelnen Bestimmungen, für den Fall, dass man sich dieser Entwicklung nicht wird entziehen können.

1. Gemeinsame elterliche Sorge nach Scheidung der verheirateten Kindeseltern: Würdigung der neuen Art. 133 ff. und Art. 297 Abs. 3 VE-ZGB

Absolut zentral ist die in Art. 133 Abs. 2 VE-ZGB vorgesehene Bedingung an die sich scheidenden Eltern, dem Gericht im Rahmen der Scheidung Anträge in Bezug auf die

Betreuungsanteile sowie den Kindesunterhalt zu unterbreiten. Die Kindeseltern werden hierdurch angehalten, sich konkret mit dem Zukunftsszenario betreffend Kinderbetreuung und Unterhalt auseinanderzusetzen und gegebenenfalls miteinander im Sinne der Kinder gute Lösungen zu finden. Die Kooperationsfähigkeit der Eltern auch im Scheidungsfall wird hier zum ersten Mal auf die Probe gestellt, und es kann sich daran zeigen, ob die gemeinsame elterliche Sorge über die Scheidung hinaus durch Kooperations- und Kommunikationsbereitschaft der Eltern zum Wohle ihrer Kinder getragen wird. Durch die Regelung der Betreuungsanteile und des Kindesunterhalts nach Scheidung der Kindeseltern entstehen für alle Beteiligten klare Strukturen und Verbindlichkeiten, die einer beförderlichen Umsetzung dienen. Im neu vorgeschlagenen Gesetzestext zu Art. 133 und Art. 133a VE-ZGB wird im Gegensatz zum heutigen Art. 133 Abs. 2 ZGB eine Rücksichtnahme auf die Meinung des Kindes nicht mehr erwähnt. Es wäre wünschenswert den heute bestehenden Passus auch in der Revision zu berücksichtigen.

Sodann wird durch Art. 134 VE-ZGB dem Umstand Rechnung getragen, dass sich die Verhältnisse ändern können und den Elternteilen, sowie dem Kind, wie auch der Kindesschutzbehörde (bei Kenntnis) die Möglichkeit eröffnet eine getroffene Zuteilung der elterlichen Sorge abzuändern. Gemäss Art. 134a (neu) VE-ZGB sind damit zusammenhängend gegebenenfalls der persönliche Verkehr sowie der Unterhaltsbeitrag neu festzusetzen, nach den Bestimmungen über die Wirkungen des Kindesverhältnisses. Betreffend die Zuständigkeit der Abänderung greift die neue Bestimmung von Art. 134b (neu) VE-ZGB die im geltenden Recht bestehende Regelung auf, was befürwortet wird.

2. Gemeinsame elterliche Sorge bei unverheirateten Eltern: Würdigung der Art. 298 ff. und Art. 309 VE-ZGB

Art. 298 Abs. 1 VE-ZGB

Bei unverheirateten Eltern soll die gemeinsame elterliche Sorge, mit Anerkennung des Kindes durch den Kindesvater beim Zivilstandsamt, von Gesetzes wegen gewährt werden. Es wird in keiner Weise danach differenziert, in welchem Verhältnis die Eltern im Zeitpunkt der Geburt des Kindes zueinander stehen. Somit werden langjährige Konkubinatspaare, getrennte bzw. nie effektiv in einer Beziehung stehende Paare, Paare mit gemeinsamem Haushalt, wie Paare mit getrenntem Haushalt etc., bezüglich der gemeinsamen elterlichen Sorge gleich behandelt, wenn die Anerkennung des Vaters vorliegt. Dass diese im Einzelfall unterschiedlichsten Elternvoraussetzungen bei Unverheirateten ausser Acht gelassen werden, erachtet die EVP als problematisch. An der geltenden Rechtslage, bei welcher die Eltern im unverheirateten Verhältnis einvernehmlich Antrag auf Erteilung des gemeinsamen Sorgerechts stellen, falls sie sich ein solches wünschen, zeigt sich, dass diese Eltern sich zumeist eingehender und bewusster mit der Bedeutung sowie den Konsequenzen des gemeinsamen Sorgerechts auseinandersetzen. Dies kann im Hinblick auf die gelebte gemeinsame elterliche Sorge von Vorteil sein.

Art. 298 Abs. 2 VE-ZGB

Diese Bestimmung ist zu befürworten.

Art. 298a Abs. 1 VE-ZGB

Mit dieser Bestimmung werden, wie sich aus dem Bericht des Bundesrates zum Vorentwurf der Gesetzesrevision ergibt, die unverheirateten Eltern den verheirateten Eltern und nicht den ge-

schiedenen Eltern gleichgestellt. Folglich wird auch nicht verlangt, dass die unverheirateten Eltern sich in einer Vereinbarung über die Anteile an der Betreuung sowie den Unterhalt des Kindes einigen. Bei unverheirateten Eltern resultiert aufgrund der vorgeschlagenen revidierten Gesetzesbestimmungen ein Automatismus und eine Deregulierung, die nicht befürwortet werden können, da damit für die Praxis mit erheblichen Problemen zu rechnen ist. Die gemeinsame elterliche Sorge setzt bei den Eltern eine Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft voraus, welche wohl gerade bei unverheirateten Eltern zufolge der oben erwähnten unterschiedlichsten Paarbeziehungen, in vielen Fällen nicht gegeben sein dürfte. Ohne Mindestregelungen betreffend den Verbleib des Kindes, Anteile an der Betreuung sowie einer Unterhaltsregelung, wird befürchtet, dass der die tatsächliche Obhut innehabende Elternteil bei Nichtfunktionieren der Absprachen im Rahmen der gemeinsamen elterlichen Sorge in eine nachteilige Position gerät, mitunter die Behörden um Unterstützung oder das Gericht um Zuteilung der alleinigen elterlichen Sorge und Regelung des persönlichen Verkehrs sowie der Unterhaltsbelange, ersuchen muss. Eine solche Zusatzbelastung des das Kind betreuenden Elternteils scheint fragwürdig, insbesondere wenn hier mittels einer von Gesetzes wegen verlangten Regelung der genannten Belange solchen Sachverhalten entgegengewirkt werden könnte.

Art. 298a Abs. 2 VE-ZGB

Bei Uneinigkeit sollen sich die Eltern an die Kindesschutzbehörde wenden können. Es wird hierbei nicht klar, welche Kompetenzen der Kindesschutzbehörde zugesprochen werden. Handelt es sich lediglich um eine beratende Funktion, welche die Kindesschutzbehörde in diesen Fällen wahrnehmen kann, wird der Einfluss der Behörde stark in Frage gestellt. Die beratende Funktion ohne jegliche Verbindlichkeit hätte kaum Durchsetzungschancen. Somit fehlen der Behörde die konkreten Möglichkeiten für eine zweckmässige Konfliktregelung.

Zu Art. 298 Abs. 1 VE-ZGB und Art. 298a VE-ZGB ist insgesamt die Befürchtung zu äussern, dass in der Regel die Mütter, da diese gemäss statistischen Erhebungen nach wie vor zur Hauptsache die Hauptbetreuung der Kinder wahrnehmen, die Leidtragenden bei Konflikten sein werden, was sich sodann auch auf das Kindeswohl negativ auswirkt. Bei getrennt lebenden Kindeseltern, bei welchen das Kind bei der Mutter lebt, die gemeinsame Sorge der Kindeseltern nicht funktioniert, insbesondere keine angemessenen Unterhaltszahlungen geleistet werden, dürfte es wie oben erwähnt an der Kindesmutter liegen, den Gang zur Kindesschutzbehörde oder zum Gericht auf sich zu nehmen. Ob die Mütter diesen Weg auf sich nehmen, oder ob sie sich eher mit einer unbefriedigenden Situation abfinden und selbst für das Notwendige aufzukommen versuchen, ist unklar. Zudem ist damit zu rechnen, dass bei engen finanziellen Verhältnissen, insbesondere bei Sozialhilfeempfangenden, es letztendlich bei den Sozialen Institutionen liegen wird, die Regelung der Unterhaltszahlung des Kindesvaters einzufordern. Somit wird ein Problem, welches vom Gesetzgeber nicht genügend differenziert behandelt wird, auf die Vollzugsorgane überwält, was unbefriedigend ist.

Hierzu würden wohl Vereinbarungen über die Obhut, Betreuung und den Unterhalt, wie sie heute gemäss Art. 298a Abs. 1 ZGB gefordert werden, Klarheit und Rechtssicherheit schaffen, den Eltern zumindest als Richtschnur dienen, ohne dass sofort Antrag auf Zuteilung der elterlichen Sorge an einen Elternteil - gemäss Art. 298b Abs. 2 (neu) VE-ZGB oder gemäss Art. 298e (neu) ZGB - verlangt werden müsste. Das Gericht (bei Einigkeit die Kindesschutzbehörde) setzt hierbei nämlich nach Zuteilung der elterlichen Sorge gemäss den Bestimmungen über die Wir-

kungen des Kindesverhältnisses den persönlichen Verkehr und den Kindesunterhalt, fest (Art. 298b Abs. 3 (neu) VE-ZGB oder Art. 298e (neu) Abs. 3 VE-ZGB).

Art. 298c (neu) VE-ZGB

Diese Bestimmung kann ohne Ergänzung befürwortet werden.

Art. 298d (neu) VE-ZGB

Diese Bestimmung kann ohne Ergänzung befürwortet werden.

Art. 298f (neu) VE-ZGB

Der in Abs. 1 der vorgeschlagenen Bestimmung enthaltene Automatismus wird in Frage gestellt. Vielmehr wird eine Kindeswohlprüfung entsprechend Art. 298 Abs. 2 ZGB durch die Vormundschaftsbehörde, in Zukunft Kindesschutzbehörde, weiterhin befürwortet. Die Fälle, in welchen die gemeinsame elterliche Sorge ideal verwirklicht ist mit Kontakt des Kindes zu beiden Elternteilen und auch einer guten Beziehung des Kindes zu beiden Elternteilen, werden wohl nicht die Mehrheit sein. Es wird Fälle geben, bei welchen die gemeinsame elterliche Sorge ein leeres Institut geblieben ist, sich die Eltern mit den faktischen Begebenheiten abgefunden haben, ohne beim Gericht eine Änderung der Zuteilung beantragt zu haben. In solchen Fällen wäre es nicht adäquat ein Kind, welches vielleicht zum überlebenden Elternteil keine nahe Beziehung hat, automatisch im Todesfall des hauptbetreuenden Elternteils, diesem zuzuteilen. Zudem sind weitere Konstellationen denkbar, die eine nähere Überprüfung der Situation über den Verbleib des Kindes im Todesfall des faktisch obhutsinnehabenden Elternteils, als sinnvoll erscheinen lassen. In diesem Sinne wird die Regelung in Abs. 2 der genannten Bestimmung auch für Inhaber der gemeinsamen elterlichen Sorge propagiert.

Art. 298g (neu) VE-ZGB

Die Grundrichtung dieser Bestimmung wird in jedem Fall befürwortet. Es erscheint essentiell, dass der Elternteil, welcher das Kind in seiner tatsächlichen Obhut hat, Alltagsentscheidungen sowie dringliche Entscheidungen selbst treffen kann. Darüber, welche Entscheidungen Alltags- oder Dringlichkeitsentscheidungen darstellen bzw. welche nicht, sollte sich der Gesetzgeber möglicherweise noch exemplarisch äussern.

Art. 309 VE-ZGB

Die EVP erachtet den neu formulierten Art. 309 VE-ZGB als höchst problematisch mit Blick auf die Rechte des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung. In der neu vorgesehenen Regelung wird letztlich bei unklaren Verhältnissen der Entscheid darüber, ob das Kind einen rechtlichen Vater bekommen soll, in die Hände bzw. die Entscheidungsbefugnis der Mütter gelegt. Wir gehen davon aus, dass in bildungsfernen Bevölkerungsschichten die Rechtskenntnisse nicht dergestalt vorausgesetzt werden können, und es auch bei vorhandenen Rechtskenntnissen in tatsächlicher Weise als fragwürdig erscheint, dass die Mehrzahl der betroffenen Mütter von sich aus den Gang zur Behörde wagen. Vielen Betroffenen dürften auch die mit der Anerkennung bzw. Registrierung der Vaterschaft zusammenhängenden Rechte des Kindes (z.B. mit Bezug auf das Erbrecht) wenig bewusst sein. Dies zeigt die Erfahrung bei heutiger Rechtslage, wenn den betroffenen Müttern im Zusammenhang mit der Errichtung einer Beistandschaft nach Art. 309 (und Art. 308 Abs. 2 [Unterhalt]) ZGB das rechtliche Gehör gewährt wird und dabei in beratender Weise auf ebendiese Rechte des Kindes hingewiesen wird. Insofern kann Art. 309

VE-ZGB die Zustimmung nicht erteilt werden, sondern es wird befürwortet an der heute geltenden Regelung festzuhalten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Heiner Studer'.

Parteipräsident
Heiner Studer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joel Blunier'.

Generalsekretär
Joel Blunier